

Ralf Krämer, Heinz Hillebrand:

Antrag an die Mitgliederversammlung der SL am 20.12.2009

## **Politische Grundorientierungen für die *Sozialistische Linke***

1. DIE LINKE hat ihren erfolgreichen Aufbruch mit einem hervorragenden Bundestagswahlergebnis 2009 gekrönt. In den kommenden Jahren müssen die Grundlagen gelegt werden, dass DIE LINKE dauerhaft weiter wachsen und stärker werden kann. Eine wichtige Aufgabe ist dabei die **programmatische Diskussion**, die zur Beschlussfassung eines neuen Parteiprogramms im Jahr 2011 führen soll. Dabei müssen innerparteiliche Widersprüche und Konflikte solidarisch ausgetragen werden und programmatische Klärungen auf breiter Basis erfolgen. Die Programmdebatte muss zugleich ein Prozess **innerparteilicher Bildung** sein. Die *Sozialistische Linke* wird sich mit ihren Positionen und mit eigenen Aktivitäten offensiv einbringen.

2. Die kapitalistische **Wirtschaftskrise** führt nicht automatisch zur Stärkung der LINKEN. Zum einen weil DIE LINKE oft nicht hinreichend klar profiliert auftritt. Zum zweiten weil die Krise von den Menschen unterschiedlich verarbeitet wird und Widersprüche innerhalb der sozialen Basis auftreten. Es wächst einerseits antikapitalistisches Bewusstsein, andererseits das Sicherheitsbedürfnis. Es steigt die Zustimmung zu radikaleren Forderungen, zugleich wollen die meisten vor allem konkreten Schutz für ihren Arbeitsplatz, ihr Einkommen und ihre Lebensbedingungen. Betriebskorporatismus und Gerechtigkeitsforderungen sind die wichtigsten Reaktionen auf die Krise, nicht das Streben nach Umwälzungen, deren Ausgang unklar ist.

3. Die **politische Lage** ist für DIE LINKE schwieriger geworden. Sie kann sich nicht mehr so einfach wie zuvor als die einzige Partei profilieren, die in zentralen Punkten die Mehrheitshaltung der Bevölkerung gegen die anderen vertritt. SPD, Grüne und auch CDU/CSU haben sich rhetorisch vom Neoliberalismus entfernt. Die neue schwarz-gelbe Koalition vermeidet bisher den Frontalangriff auf die sozialen Interessen der Mehrheit. Die SPD versucht sich wieder stärker als soziale Kraft und Opposition gegen Schwarz-Gelb darzustellen. Nach der NRW-Wahl 2010 und mit den Debatten um die öffentlichen Haushalte für 2011 und die folgenden Jahre werden sich die Verteilungskämpfe massiv zuspitzen. DIE LINKE muss sich dann mit klaren Positionen für eine höhere Besteuerung der Reichen, der Spekulanten und finanzstarken Unternehmen profilieren und politischen Druck entwickeln: Profiteure zur Kasse!

4. **Realistisch und radikal** als Kriterium für die Positionierung der LINKEN, so wie es die *Sozialistische Linke* formuliert hat, ist wichtiger und richtiger denn je. Wir müssen klarer entwickeln, was das jetzt konkret bedeutet. Die Ziele sind: Menschen und ihre Arbeit und ihr Einkommen schützen durch Kampf um die Arbeitsplätze und für eine soziale Antikrisenpolitik, in der Krise für einen sozial-ökologischen Richtungswechsel streiten mit Zukunftsinvestitionen, mehr Sozialstaat und öffentlicher Beschäftigung und mehr Verteilungsgerechtigkeit, die Herrschaft des Kapitals zurückdrängen durch Demokratisierung der Wirtschaft. Das erfordert mehr öffentliches Eigentum, Kontrolle und Regulierung und mehr Mitbestimmung der Beschäftigten sowie Vertretungen sozialer und ökologischer Interessen auf branchen-, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Öffentliche Kapitalhilfen für Unternehmen müssen zu öffentlichen Eigentumsanteilen und erweiterten Mitbestimmungsrechten führen.

5. DIE LINKE muss **anknüpfen am alltäglichem Bewusstsein der Menschen** und ihrem Gerechtigkeitsempfinden, nur so kann sie es und damit gesellschaftliche Hege-

monie- und Kräfteverhältnisse wirksam verändern. Die beste linke Forderung und Argumentation ist nicht die am weitesten gehende oder vermeintlich linkeste, sondern diejenige, die die meisten Menschen anspricht und für linke Positionen und die Unterstützung der LINKEN überzeugt und mobilisiert. Diejenige, die den größten politischen Druck und Mobilisierungsfähigkeit für reale Bewegung nach links und die Stärkung der LINKEN ermöglicht.

6. DIE LINKE muss zugleich **reformpolitisch orientiert und antikapitalistisch** sein. Notwendig ist der entschiedene Kampf für soziale Reformalternativen und gegen Herrschaftspositionen des Kapitals hier und jetzt und die Verbindung und Ausrichtung dieses Kampfes auf die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. DIE LINKE unterscheidet sich von den anderen Parteien dadurch, dass sie die Systemfrage stellt und den Kapitalismus – das heißt die Vorherrschaft kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse – überwinden will. DIE LINKE ist daher grundsätzliche Opposition gegen die Herrschaft und Politik des Kapitals. Sie muss aber zugleich die Fähigkeit haben, als linker Flügel eines zu entwickelnden gesellschaftlich-politischen Blocks für einen sozial-ökologischen Umbau zu wirken, der ausgehend von den heutigen Bedingungen im Kapitalismus beginnt und die Gesellschaft umgestaltet.

7. Der **Einsatz für die sozialen Interessen** der breiten Schichten der Gesellschaft, der Lohnabhängigen und der kleinen Selbstständigen, der Erwerbslosen, der Rentnerinnen und Rentner sowie der Jugend – das ist weiterhin entscheidend für die Positionierung der LINKEN und für ihre Unterstützung in der Bevölkerung. Das schließt den Einsatz gegen jede Diskriminierung und für Gleichheit der Geschlechter und unabhängig von der Herkunft der Menschen ein. Im Mittelpunkt des Anspruchs aller Menschen auf ein freies, selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand steht für Männer und Frauen die Erwerbstätigkeit als Bedingung und Grundlage für vielfältige andere Tätigkeiten. Die **soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der anderen gesellschaftlich notwendigen Arbeiten** spielt die Schlüsselrolle für die Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und des Sozialstaats. Dieser kann und muss Bildungschancen für alle, soziale Sicherheit und Existenzsicherung ohne Repression für diejenigen bieten, die alt, krank, erwerbsunfähig oder – gemindert oder erwerbslos sind.

8. DIE LINKE muss diese sozialen Interessen artikulieren als gemeinsame Interessen derjenigen, die von ihrer eigenen Arbeitskraft bzw. der ihrer Familienangehörigen leben müssen oder auf Sozialleistungen angewiesen sind. Also als gemeinsame Interessen der lohnabhängigen Klasse an guter Arbeit, gutem Einkommen und guten Lebensbedingungen, die im Konfliktfall gegen Interessen der kapitalistischen Klasse durchgesetzt werden müssen. Das verstehen wir unter **Klassenorientierung** linker Politik. Dies steht nicht im Gegensatz dazu, auch die berechtigten Interessen kleiner Selbstständiger und Kleinunternehmer insbesondere gegenüber dem Finanz- und Großkapital zu vertreten.

9. Die Artikulation von und Aktivität für gemeinsame Klasseninteressen ist kein automatisches Resultat der kapitalistischen Verhältnisse, sondern muss immer wieder neu entwickelt werden, in sozialen und politischen und kulturellen Öffentlichkeiten und Diskursen, Organisationen, Bewegungen und Kämpfen. Innerhalb der Klassen existieren unterschiedliche soziale Bedingungen, Kulturen und Orientierungen zwischen verschiedenen sozialen Schichten, Milieus, Geschlechtern, Generationen, ethnischen oder religiösen Gruppen und regionalen Bevölkerungen. Diese müssen bewusst aufgegriffen und in linkem, auf Gleichheit, Emanzipation und Solidarität gerichtetem Sinne politisch bearbeitet werden. Dabei spielen linke Künstlerinnen und Künstler und die Arbeit mit ihnen eine wichtige Rolle. Die strategische Aufgabe besteht darin, in den konkreten

Kämpfen zugleich den Kampf um die politisch-kulturelle Hegemonie der Linken zu führen und zur **Bildung sozialer und politischer Bündnisse** in diesem Sinne beizutragen. Von besonderer Bedeutung ist es, die Interessen von lohnabhängig Beschäftigten, Erwerbslosen und prekarierten Gruppen so zu artikulieren und zu vertreten, dass sie in Übereinstimmung miteinander stehen und nicht gegeneinander ausgespielt werden.

10. DIE LINKE muss neben den sozialen auch die **anderen demokratischen und emanzipatorischen Interessen und Bewegungen** in der Bevölkerung aufgreifen. Der Einsatz gegen Imperialismus und Krieg und die Arbeit in der Friedensbewegung und für linken Internationalismus spielen eine zentrale Rolle. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der ökologische Umbau von Wirtschaft und Lebensweise wird immer wichtiger und muss mit der sozialen und ökonomischen Politik eng verbunden werden. DIE LINKE setzt sich entschieden für individuelle, soziale und politische Menschenrechte und Bürgerrechte ein, für Freiheit von Kunst, Kultur und Information und unterschiedlichen Lebensweisen, und für die Stärkung und Erweiterung der Demokratie.

11. Die Gewerkschaften sind die Organisationen, die für die Artikulation und Vertretung von Klasseninteressen, für die Formierung einer arbeitenden Klasse in der Auseinandersetzung mit dem Kapital die zentrale Rolle spielen. Dauerhafte soziale Fortschritte und sozialistische Veränderungen sind nur mit Unterstützung und Druck der Gewerkschaften durchsetzbar. Mit dem Mittel des Streiks verfügen sie über ein eigenständiges Machtinstrument, um Interessen der Lohnabhängigen durchzusetzen, das auch politisch zu nutzen ist. **Gewerkschaftliche Orientierung** bedeutet, dass DIE LINKE sich um eine möglichst starke Verankerung in den Gewerkschaften und Betrieben bemühen und gewerkschaftliche Interessen, Kämpfe und Mobilisierung politisch aufgreifen und unterstützen muss.

12. DIE LINKE ist noch keine **sozialistische Massenpartei**. Ihre Verankerung in den verschiedenen Bereichen und Milieus der Lohnabhängigen, unter Arbeiterinnen und Arbeitern, Angestellten und Beamten, unter Erwerbslosen, aber auch unter kleinen Selbständigen und Unternehmern ist noch zu schwach und muss ausgebaut werden. Besondere Anstrengungen sind erforderlich, um mehr jüngere Menschen zu gewinnen und zu aktivieren und um die Partei und ihre Politik attraktiver für Frauen zu machen.

13. DIE LINKE wird vielfach vor allem über ihre SpitzenpolitikerInnen und Parlamentsfraktionen wahrgenommen. Es ist von großer Bedeutung, dass sie an die Diskussionen und die Willensbildung der Partei angekoppelt sind, ohne sie zu dominieren. DIE LINKE muss als **aktive demokratische Mitgliederpartei** gestärkt werden, die in den Nachbarschaften, Betrieben, Vereinen, Initiativen, auf der Straße und in Bewegungen wahrnehmbar und wirksam ist, deren Mitglieder dort aktiv mitmachen und diese Erfahrungen in die Debatten der Partei einbringen. Der Aktivierungswahlkampf ist ein guter Ansatz. Es ist wichtig, dass LINKE sichtbar und solidarisch an Aktionen teilnehmen, bei denen Betroffene von Krise, Sozial- und Demokratieabbau für ihre Rechte und Interessen eintreten. Zugleich sind verstärkte Anstrengungen zur politischen Qualifizierung der Mitgliedschaft erforderlich. Die SL muss sich auch die Aufgabe stellen, an der Herausbildung geeigneter Personen für Führungsfunktionen in der LINKEN mitzuwirken.

14. Linke Politik muss sich auf **soziale Bewegung und die Mobilisierung außerparlamentarischen Drucks** stützen können, um nicht der strukturellen Macht von Kapitalinteressen zu unterliegen. DIE LINKE darf sich daher nicht allein auf Wahlkämpfe und auf Parlamentspolitik orientieren, sondern muss in Bewegungen, sozialen und politischen Auseinandersetzungen und Mobilisierungen aktiv sein und darauf orientieren. Wir wollen keine Stellvertreterpolitik, sondern mitwirken an der Selbstaktivität der Menschen

im Kampf für ihre Interessen. Das gilt auch und besonders, wenn LINKE an Regierungen beteiligt sind oder sie unterstützen.

15. Auf Grundlage entsprechender Wahlergebnisse kann eine **Regierungsbeteiligung oder Tolerierung** der LINKEN richtig sein, aber auch die bewusste Entscheidung für **Opposition**. Entscheidend dabei ist, dass eine Abkehr vom Neoliberalismus und ein Richtungswechsel zu einer Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen umgesetzt und die Bedingungen für weitergehende Veränderungen verbessert werden. Die Glaubwürdigkeit und Mobilisierungsfähigkeit der LINKEN muss gewahrt werden, ihre Kernpositionen dürfen nicht aufgegeben werden. Eine starke LINKE wirkt auch und manchmal besser in der Opposition. Dies ist von Fall zu Fall auf Basis der Einschätzung der konkreten Bedingungen und von Diskussionen mit den betroffenen Menschen und den sozialen Bewegungen zu diskutieren.

16. DIE LINKE ist eine **Partei**, in der **unterschiedliche politische Strömungen und Traditionen** wirken und ihren Platz haben. Dies muss sich auch in der Zusammensetzung von Gremien und Fraktionen niederschlagen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die große Mehrheit der Parteimitglieder sich keiner der organisierten Strömungen angeschlossen hat. Die Mitgliedschaft in einer Strömung ist weder notwendiges noch hinreichendes Kriterium, ob eine Person für irgendein von der Partei zu vergebendes Amt oder Mandat geeignet ist. Wenn sich politische Strömungen und Gruppen in der LINKEN in innerparteilichen Zusammenschlüssen organisieren und sich inhaltlich fundiert und solidarisch auseinander setzen und kooperieren, tragen sie – im Unterschied zu informellen Cliquen und Kungelkreisen – zu mehr Transparenz, Rationalität und Demokratie in der LINKEN bei. Dies streben wir als *Sozialistische Linke* an.

17. Die **Sozialistische Linke** wirkt als Zusammenschluss und politische Strömung in der LINKEN auf der Basis ihrer Grundlagenerklärung für die Durchsetzung der dargestellten Orientierungen in und im Interesse der Gesamtpartei und der politischen Linken insgesamt. Dies ist unser Anspruch und Maßstab. Wir arbeiten daran, in der Partei politisch-inhaltliche und personalpolitische Mehrheiten für eine solche Politik zu bilden. Auf dieser Basis ist auch die **SL** selbst wiederum eine breite Strömung, in der unterschiedliche Traditionen und differenzierte Positionen zusammenwirken.

18. Im **Spektrum der Partei** hat die *Sozialistische Linke* den Anspruch, als eine linke konstruktive Strömung wesentlich die Positionen der Gesamtpartei mitzugestalten und mitzutragen. Es geht also der **SL** nicht darum, in der Partei immer möglichst lupenrein Positionen der Strömung durchzusetzen, sondern solche, die als Positionen der Gesamtpartei tragfähig sind. Ein solches Herangehen erwarten wir auch von anderen Gruppierungen in der LINKEN. Bisher war zur Durchsetzung der Zielsetzungen der **SL** auf Bundesebene zumeist ein Bündnis mit Kräften der Antikapitalistischen Linken und anderen sich innerparteilich links und bewegungsorientiert verstehenden Zusammenhängen sinnvoll. Dies bedeutet keine prinzipielle Einheit und beseitigt nicht die erheblichen Unterschiede, und es schließt auch nicht aus, sich mit Kräften des Forums demokratischer Sozialismus oder der Emanzipatorischen Linken oder anderen zu verständigen, wenn dies sinnvoll ist. Die konkreten Konstellationen hängen von den jeweiligen Bedingungen ab und stellen sich in verschiedenen Fragen und in den verschiedenen Regionen der Republik unterschiedlich dar.